

# Bauordnung schreibt mehr Radstellplätze vor

**Mehr barrierefreie Wohnungen, mehr Abstellplätze für Räder und Rollatoren. Das schreibt die Bauordnung vor, die ab Sonntag im Land gilt.**

**Stuttgart.** Mit der neuen Landesbauordnung will die Landesregierung mehr Gewicht auf soziale und ökologische Aspekte beim Bauen legen. „Damit werden wir gesellschaftlichen Änderungen wie dem demographischen Wandel und oder einem anderen Mobilitätsverhalten gerecht“, sagt Infrastruktur-Staatssekretärin Gisela Splett (Grüne). „Auch der Klimaschutz soll besser berücksichtigt werden.“

Bei Neubauten müssen jetzt in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen die Wohnungen einer Etage barrierefrei erreichbar sein. Außerdem müssen Wohn- und Schlafräume sowie Bad und Küche in diesen Wohnungen mit dem Rollstuhl erreichbar sein. Auch in Mischgebäuden sind nun Abstellflächen für Kinderwagen und Gehhilfen vorgeschrieben. Die Anzahl der Fahrradstellplätze für neue Wohngebäude wird erhöht. Für andere Gebäude werden Fahrrad-Stellplätze erstmals vorgeschrieben. Gleichzeitig können Gemeinden auch weniger als einen baurechtlich notwendigen Kfz-Stellplatz pro Wohnung vorschreiben. „Insgesamt unterstützen



Staatssekretärin Gisela Splett: Mehr Öko durch neue Bauvorschriften.

Foto: dpa

wir die Entwicklung zu nachhaltiger Mobilität sowie zu nachhaltigem Bauen“, sagt Splett.

Die neuen Regelungen zum Begrünen von Bauten und zur erleichterten Nutzung regenerativer Energien sollen Anreize für einen ökologisch hochwertigen Baustil setzen. Mehr Möglichkeiten zum Verwenden von Holz als Baustoff dienen auch dem Klimaschutz.

Geändert wird auch das Verfahren für Genehmigungen von Bauvorhaben: Bei Projekten, die die Vorgaben des Bebauungsplans einhalten, sind keine Entscheidungen über Abweichungen, Ausnahmen oder Befreiungen mehr notwendig. Außerdem müssen Mobilfunkbetreiber jetzt den Gemeinden zwei Monate vor Baubeginn mitteilen, wenn sie eine Mobilfunkantenne errichten wollen.

Handwerk und andere Verbände hatten bei der Verabschiedung der Bauordnung im Landtag kritisiert, dass zu viel zu detailliert geregelt werde. Die Landesregierung beglücke die Leute mit mehr Fahrradstellplätzen und mehr Fassadengrün, bezahlen müssten das aber Mieter, Bauherren und Betriebe. lsw/eb